Thurgauer Zeitung

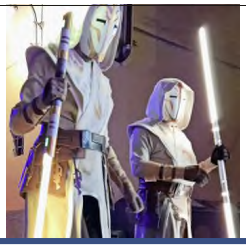
Schweiz am Wochenende

Samstag, 14. November 2026

Geplant für uns, gebaut für Sie.
www.dd-immo.swiss
D+D IMMOBILIEN



65 **Zentimeter** unter dem Schnitt: **Der Pegel im Untersee** bleibt immer noch tief.
Schauplatz Ostschweiz



Ein St. Galler Paar bringt das **«Star Wars»-Epos** an die grösste Comicmesse Europas.
Ostschweiz

Ex-Vizekanzler **Robert Habeck** sagt, was Europa jetzt braucht und warum eine Kanzlerin Weidel für die Schweiz sehr schlecht wäre.
Interview

AZ 8501 Frauenfeld | Nr. 266 | 10. Jahrgang | Fr. 6.80 thurgauerzeitung.ch

Geheimer Kampf ums Bundesrats-Ticket

Machtspiele Acht Kandidierende wollen Guy Parmelin als Bundesrat beerben. Wer es auf das Ticket der SVP schafft, entscheidet sich nicht nur in Hearings bei den Fraktionen und geheimen Abstimmungen. Hinter den Kulissen läuft ein Kampf um Einfluss: Alte Seilschaften werden aktiviert, Gerüchte gestreut und diskrete Signale ausgesandt. Gespräche mit heutigen und ehemaligen SVP-Exponenten zeigen, wie der innere Machtzirkel der Partei eine Bundesratswahl zu steuern versucht. *(bro/sf)* **Schwerpunkt**

Salzkorn

Welch ein Frevel! In Innerrhoden haben Wilderer eine Luchsmutter samt ihren beiden Kindern erschossen. Nun haben die Regierungen von St. Gallen und Thurgau Notrecht eingeführt. Um die verbleibenden Ostschweizer Luchse vor den Wilderern zu schützen, arbeiten die Polizeikorps beider Kantone eng zusammen. Sie patrouillieren entlang der Linien der Appenzeller Bahn und bauen an den Kantonsgrenzen Strassensperren auf. Autos mit Appenzeller Nummernschildern werden nach Jagdflinten oder Armbrüsten durchsucht. Verdächtige werden vorsichtshalber ins Appenzellerland zurückgewiesen.

Spezialisierte Fahnder sind derweil rund um das Luchsgehege im St. Galler Wildpark Peter und Paul auf der Pirsch. Zwei Verdächtige haben sie bereits ausfindig gemacht und in den Zug nach Appenzell gesetzt, wie man hört. Den Luchs haben die Fahnder im Gehege allerdings auch noch nicht gesehen. Er hat sich wohl wieder versteckt, wie immer. Oder waren die Appenzeller wieder schneller? ken

ANZEIGE

abo+ News
Jetzt anmelden und sparen
tagblatt.ch/aboplusnews

E-Mail-Panne betrifft Millionen von Angestellten

Ein Fehler bei Microsoft blockierte gestern Nutzer und offenbarte die Abhängigkeit von Outlook.

Keine Mails, blockierte Kalender, gestörte Online-Dienste: Ein technischer Fehler bei Microsoft hat am Freitag weltweit den Büroalltag durcheinandergebracht – auch in der Schweiz. Viele Nutzer konnten nicht auf Outlook zugreifen, bei Teams und Copilot gab es Einschränkungen. Die Störung dauerte über 20 Stunden. Am Nachmittag erholten sich die Systeme.

Am Abend entschuldigte sich Microsoft und erklärte, ein Problem aus einem früheren Ausbau der Netzwerkkapazitäten sei durch eine neue Änderung zum Vorschein gekommen. Ein Cyberangriff steckte laut Konzern nicht dahinter. Einzelne Kunden hatten aber weiterhin Schwierigkeiten.

Wie tief Microsoft im Alltag verankert ist, zeigte sich schnell. Die Post empfahl, bei dringenden Anliegen zum Telefon zu greifen. Post-Chef Pascal Grieder riet dazu, wieder Briefe zu schreiben. Richemont veröffentlichte seine Quartalszahlen verspätet. Swiss und SBB konnten ihren Betrieb trotz Problemen aufrechterhalten; die Bundesverwaltung war dank eigenem Rechenzentrum nicht betroffen.

Auch in den Büros ging die Arbeit nicht einfach ohne E-Mails weiter. Stattdessen klingelten Telefone, Nachrichten trafen über WhatsApp und Instagram ein, manche griffen zur SMS oder zu privaten Mailkonten. Die Kehrseite: Viele Angestellte gingen mit nicht aufgeräumter Mailbox ins Wochenende. IT-Sicherheitsexperten, Datenschützer und Wirtschaftsverbände weisen schon seit längerer Zeit auf die Risiken hin, die von der Microsoft-Dominanz ausgehen. *(fv/ae/ras/pmü)* **Wirtschaft**

Kreuzlinger «Stützlibus» auf der Kippe



Der Kanton Thurgau bremst den 1-Franken-Bus in Kreuzlingen aus. Über die Subventionen hätte das Volk entscheiden müssen, nicht der Gemeinderat. Die Zukunft des beliebten Angebots ist ungewiss. **Kreuzlingen**

Bild: Thomas Martens

Thurgauer wollen Grundsatzdebatte

Kultur Das St. Galler Theater ist besorgt: Der Thurgau könnte im Rahmen seiner Sparübung seinen Beitrag von rund 1,7 Millionen Franken kürzen. Auch im Thurgau selbst sind einige Parlamentarier besorgt. Es sei für den Oberthurgau kontraproduktiv, und ein Zeichen, dass die Thurgauer Politik der Kultur zu wenig Wert beimesse, finden Gegner der Kürzung. Die Befürworter wollen Grundsätzliches diskutieren. Es gehe nicht nur um die Einsparung der Kulturgelder, sondern auch um deren Verteilung innerhalb und ausserhalb der Kantonsgrenzen. *(viv)* **Thurgau**

Güttinger Modulbau sorgt erneut für Wirbel

Einsprachen Obschon das Stimmvolk dem Projekt im September zugestimmt hat, sorgt der geplante Modulbau in Güttingen nun für einen handfesten Streit zwischen zwei Behörden. Drei der fünf amtierenden Gemeinderäte haben sich Einsprachen gegen den Standort des 3,4-Millionen-Projekts angeschlossen. An der Budgetversammlung am Donnerstagabend prallten die Positionen aufeinander. Während die Kritiker vor allem Mängel hinsichtlich der Verkehrssicherheit ins Feld führten, sieht Schulpräsident Nicolas Lutz einen anderen Grund für den Widerstand. *(nsa)* **Kreuzlingen**

Inhalt
Ostevent 8
Börse 21
Wetter 21
Meinung 22
Traueranzeigen 36
Denksport 3. Bund
TV/ Radio 3. Bund

Leserservice: 058 200 55 55 Redaktion: 052 728 32 32 E-Mail: redaktion@thurgauerzeitung.ch
Inserate: 052 728 32 16 E-Mail: inserate-thurgauerzeitung@chmedia.ch

Missbräuchliche Einsprachen eindämmen

«Einsprachewillkür verbrennt Steuergelder»
Ausgabe vom 5. November

Immer wieder ist zu lesen, wie Querulanten mit Einsprachen Bauprojekte behindern oder verzögern. Die Motive sind unterschiedlich: Frust gegenüber Behörden oder der Versuch, persönliche Vorteile herauszuschlagen. Warum ist es möglich, solche Projekte ohne finanzielle Konsequenzen über Jahre hinweg zu blockieren? Ein aktuelles Beispiel ist das Schulhaus in Arbon. Besonders stossend ist dabei, dass der betreffende Einsprecher über einen Kilometer vom Bauprojekt entfernt wohnt. Warum bleiben Einsprachen für die Einsprechenden praktisch kostenlos? Es kann doch nicht sein, dass Bauvorhaben über Jahre hinweg verzögert werden und die Verursacher dafür keinerlei finanzielle Verantwortung übernehmen müssen. Ich bin deshalb nach wie vor der Meinung, dass Einsprechende als Verhandlungsbasis ein Depot von 0,5 Prozent der Bausumme hinterlegen sollten. Wird der Einsprache stattgegeben, erhalten sie den Betrag zurück. Wird sie hingegen abgewiesen, könnte das Depot zur Deckung der entstandenen Kosten beitragen. Natürlich werden nun Stimmen laut, die einwenden, ein solches Modell sei unfair, weil sich nicht jeder eine entsprechende Summe leisten könne. Bei einer Bausumme von einer Million Franken wären dies beispielsweise 5000 Franken. Eine allumfassende Fairness gibt es jedoch nicht. Das ist mir bewusst. Allerdings werden Einsprachen häufig von Hausbesitzern und nicht von Mietern erhoben.

Gleichzeitig verursachen Einsprachen aus Eigeninteresse oder reinem Protest immer höhere Kosten für Gemeinden und Steuerzahler. Diese Kosten müssen letztlich von der Allgemeinheit getragen werden.

Auch das ist alles andere als fair. Es braucht endlich eine Diskussion darüber, wie missbräuchliche Einsprachen eingedämmt und die Allgemeinheit vor unnötigen Verzögerungen und Kosten geschützt werden kann. Denn wer ein Bauprojekt blockiert, sollte auch einen Teil der damit verbundenen Verantwortung tragen.

Werner Schoop, 8280 Kreuzlingen

Mächler macht's für Bischofszell

«Bischofszeller Stadtratswahlen vom 29. November»

Bischofszell ist die Heimat meiner Familie. Ich unterstütze mit vollster Überzeugung die Kandidatur von Pascal Mächler für den Stadtrat. Mit seinem Einsatz für die Gemeinschaft bringt er ausgezeichnete Voraussetzungen für dieses Amt mit. Er ist ein guter Zuhörer und engagierter Macher, der mit Weitsicht handelt. Seine breite politische und berufliche Erfahrung und seine menschlichen Qualitäten, seine Verbundenheit mit Bischofszell und seine Bodenständigkeit überzeugen mich. Schreiben auch Sie Pascal Mächler auf ihren Wahlzettel. Mächler macht's für Bischofszell!

Anja Oppliger, 9220 Bischofszell

Eine Stimme für alle Generationen

«Bischofszeller Stadtratswahlen vom 29. November»

Wem vertrauen wir, wenn unser Kind krank ist, Familien Unterstützung brauchen oder wir selbst auf Hilfe angewiesen sind? Menschen wie Susanne Scheiwiler-Noser. Als Ärztin begegnet sie den Menschen mit Herz, Verständnis und grosser Fachkompetenz. Diese Haltung prägt auch ihr politisches Engagement. Mit dem Projekt «miteinander-4» setzt sie sich für Chancengerechtigkeit ein. Sie weiss, wie wichtig die ersten Lebensjahre für die Zukunft eines Menschen sind. Dank ihres Einsatzes trägt Bischofszell heute das Label «Kinderfreundliche Stadt». Gleichzeitig engagiert sie sich für ältere Menschen und für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt. Genau solche Politikerinnen braucht Bischofszell.

Corinna Pasche-Strasser, 9220 Bischofszell

Eine überzeugende Stadträtin

Erfreulich – für den Stadtrat Bischofszell stellt sich die Ärztin Susanne Scheiwiler-Noser zur Wiederwahl. Mit ruhiger, überlegter Art setzt sie sich in ihrem Ressort Gesellschaft/Gesundheit erfolgreich für unser Städtchen ein. Beim Miteinander der Generationen ist ihr Handeln für unsere Bevölkerung bei diversen Projekten gut erkennbar. Jung und Alt profitiert von ihrer Fachkompetenz und Erfahrung.

Dank ihrem sachlichen und überzeugenden Wirken wurde ihr das Vizestadtpräsidium anvertraut. Mich freut der Einsatz von Persönlichkeiten wie Susanne Scheiwiler-Noser für die Öffentlichkeit. Mit Überzeugung wird sie meine Stimme zur Wiederwahl erhalten.

Louis Brüschweiler, 9220 Bischofszell

Anliegen findet beim Kanton kaum Gehör

«Die Behörde steigt auf die Bremse»
Ausgabe vom 5. November

Einer Temporeduktion auf ausgewählten Gemeindestrassen stehe ich klar positiv gegenüber. Als begeisterte Velofahrerin begrüsse ich das Engagement des Gemeinderats ausdrücklich. Gerade in Donzhausen, Hessenreuti sowie auf der Verbindung Riedt-Erlen (Weinmoosstrasse) gibt es für junge und ältere Velofahrende gefährliche Situationen. Dieser Umstand hilft den Menschen wohl kaum, für kurze Strecken mehr aufs Velo zu steigen.

Dass sich 60 Personen mit einer Petition für mehr Sicherheit einsetzen, verdient Respekt. Umso unverständlicher ist es, dass diese Anliegen beim Kanton offenbar kaum Gehör finden. Dabei kennen die Anwohner die Gefahren vor Ort am besten.

In einer Demokratie ist das Volk der Souverän. Ich hoffe, dass sich die Bürgerinnen und Bürger bei den nächsten Kantonsratswahlen daran erinnern werden.

Fanny Gysin, 8583 Sulgen

ANZEIGE

